

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums

UNGARN

Terrorismus auf Ungarisch

Am 8., 10. und 12. Januar fanden neue Verhandlungen im Prozess gegen Ahmed H. statt, der Ende 2016 in Ungarn wegen «Terrorismus» zu 10 Jahren Haft verurteilt worden war. Ein Vertreter des Forum Civique war als internationaler Prozessbeobachter vor Ort.

Um den Prozess zu verstehen, muss man die Vorgeschichte kennen. Wir erinnern uns an den Sommer 2015: Hunderttausende von Menschen, hauptsächlich aus dem Kriegsland Syrien, flüchteten über die so genannte Balkanroute in Richtung West- und Nordeuropa. Am 15. September 2015 stellt das Durchgangsland Ungarn die Stacheldrahtmauer an der Grenze zu Serbien fertig, ruft den Krisenfall aus und ändert gleichentags das Asylgesetz und das Strafgesetzbuch. Seit dieser Revision wird die «illegale Einreise» mit maximal 3 Jahren Freiheitsstrafe bedroht.

Erfolgt der «illegale Grenzübertritt» im Rahmen von Massenausbreitungen, drohen der beschuldigten Person bis zu 5 Jahren Haft. Der Grenzübergang zu Serbien in Röszke, wo zuvor noch mehrere Tausend Menschen pro Tag in die EU einreisen konnten, ist von einem Tag auf den anderen geschlossen. Rund 2'000 Flüchtende sitzen fest.

An diesem 15. September 2015 beginnen deshalb auch die Proteste gegen das plötzlich neu eingeführte Grenzregime und sie werden am folgenden Tag fortgesetzt. Es kommt zu Auseinandersetzungen mit der massiv aufgebotenen Polizei, die ohne Rücksicht auf alte Menschen und Kinder Tränengas, Schlagstöcke und Wasserwerfer einsetzt.

Angebliche Bedrohung

Insgesamt werden 11 Personen verhaftet: die sogenannten «Röszke 11», darunter Ahmed H., der in diesem Moment seine Eltern und andere Familienmitglieder auf der Flucht aus Aleppo mit dem Ziel Deutschland begleitet. Er ist syrischer Herkunft, lebt aber mit seiner Frau und seinen Kindern in Zypern und ist somit EU-Bürger. Den «Rös-

zke 11» – u.a. ein junger Mann im Rollstuhl sowie die betagte und kranke Mutter von Ahmed H. – wird der illegale Grenzübertritt im Rahmen von Massenausbreitungen vorgeworfen. Ahmed H. wird zusätzlich unter dem Anti-Terrorgesetz angeklagt, weil er ein Megafon gehalten und der Polizei mit zwei zum «V» ausgestreckten Fingern angeblich ein Ultimatum gesetzt sowie Gegenstände gegen die Polizei geworfen haben soll.

Ungarn kennt eine ganz spezielle Terrordefinition: Um eine terroristische Handlung zu begehen, genügt es, wenn eine Forderung gegenüber dem Staat – hier der Grenzübertritt – mit einer Drohung verbunden wird – hier das angebliche Ultimatum bzw. das Werfen der Gegenstände. In der Folge wird Ahmed H. «als gläubiger Muslim vor Gericht

sowie in der Öffentlichkeit zum radikalen Islamisten stilisiert und dient so im (...) rassistisch aufgeladenen Diskurs als Beleg für die angebliche Bedrohung für die Mehrheitsgesellschaft, die von Geflüchteten und Migrant:innen ausgeht,» stellt eine Prozessbeobachterin der Demokratischen Jurist:innen aus der Schweiz fest.¹

Verurteilung und Rekurs

Ahmed H. wird am 30. November 2016 in einem Schnellverfahren ohne Beweise zu 10 Jahren Haft verurteilt, begleitet von einer Hetzkampagne in den Medien. Sowohl er als auch die Staatsanwaltschaft (sie fordert eine Straferhöhung auf mehr als 17 Jahre) legen Berufung ein und in der zweiten Instanz im Juni 2017 wird das Verfahren an die erste Instanz zur Neuurteilung zurückverwiesen, weil zu viele Fragen ungeklärt seien und vorhandene Beweismittel nicht berücksichtigt worden waren. Das Berufungsgericht entscheidet gleichzeitig, den Angeklagten in Untersuchungshaft zu belassen. Damit befindet er sich zu diesem Zeitpunkt seit knapp zwei Jahren in Haft und unterliegt strengen Kontakteinschränkungen – so darf er weder Briefe schreiben noch

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel

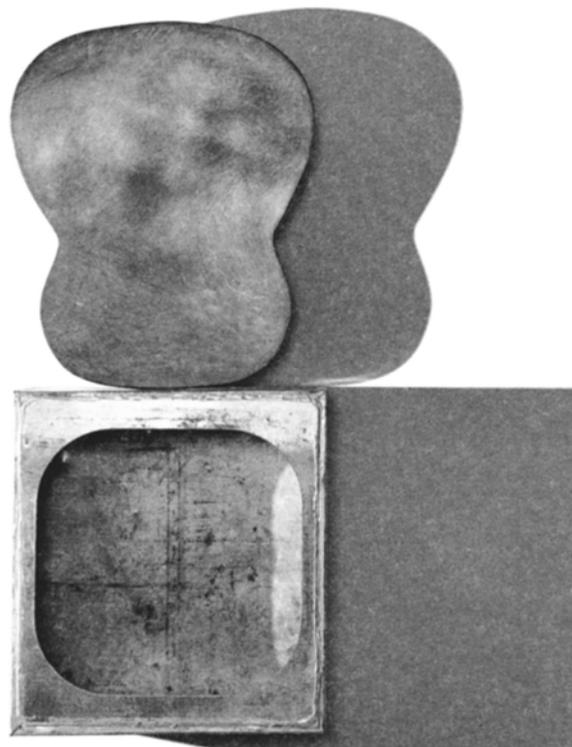
erhalten und der überwiegende Teil gestellter Besuchsanträge wird abgelehnt. Die Schweizer Prozessbeobachterin zieht das Fazit: «Vor dem Hintergrund des konkreten Verfahrens lassen sich aus der langen Dauer der Untersuchungshaft zwei Botschaften ableiten: Nach innen bedeutet sie eine Demonstration von Härte, nach aussen Abschreckung.»²

Die neuen Anhörungen finden im Oktober und November 2017 statt und danach wieder im Januar 2018.

Prozessbeobachtung

Im Namen der «Fédération Européenne des Radios Libres» (FERL) und des Europäischen BürgerInnen Forums (FCE, Forum Civique Européen) gehe ich als Beobachter an die Anhörungen vom 8., 10. und 12. Januar 2018. Im kleinen Saal des Gerichtes in der Stadt Szeged im Süden Ungarns, nahe der serbischen Grenze, haben sich rund 20 Zuschauer:innen eingefunden: vor allem junge Menschen vom internationalen Komitee «Free the Röszke 11», die sich seit Anfang an mit Ahmed H. und seiner

1. Demokratische Jurist:innen und Juristinnen der Schweiz: «Ungarn: Terrorvorwurf nach Grenzübertritt – Verfahren geht in die zweite Runde», Bern, Juli 2017. Viele Informationen zur Vorgeschichte des Prozesses in diesem Archipel-Artikel stammen ebenfalls aus diesem Text.
2. ebd.



Appell

Wir suchen internationale Prozessbeobachter:innen für die Verhandlungen am 14. und 19. März 2018. Eine vorausgehende Registrierung beim Gericht ist notwendig. Wir informieren Sie gerne genauer. Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf.

Europäisches BürgerInnen Forum,
Postfach, CH-4001 Basel
E-Mail: ch(a)forumcivique.org

Familie solidarisiert haben, zwei Vertreter:innen von Amnesty International, eine Anwältin der «Demokratischen Jurist:innen» aus der Schweiz und eine Vertreterin des «Komitees für Grundrechte und Demokratie» aus Deutschland. Grosse internationale Medien sind nicht da; lediglich ein ungarischer Journalist, der für die Deutsche Presseagentur arbeitet, macht Notizen. Dafür ist das staatliche ungarische Fernsehen omnipräsent, filmt ungehindert im ganzen Gerichtssaal und liefert die Bilder für die Abendnachrichten nach dem ersten Prozesstag, in denen Ahmed H. – wie schon zuvor – als Terrorist bezeichnet wird, obwohl das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist und die Unschuldsvermutung gilt.

Der Vizepräsident der extrem rechtsnationalistischen Regierung Viktor Orbans gibt dazu eine Erklärung ab, in der er Ahmed H. als Protagonisten des sogenannten Soros-Plans vorführt. Die Regierung vertritt die Verschwörungstheorie, dass der amerikanische Milliardär jüdisch-ungarischen Ursprungs

George Soros in Tateinheit mit der EU die Masseneinwanderung nach Europa fördere, um eine offene, multikulturelle Gesellschaft zu schaffen, wodurch das Abendland destabilisiert werde.

Befragung

Während zwei Prozesstagen werden Videofilme von den Ausschreitungen an der Grenze im September 2015 gezeigt. Der Richter geht die Aufnahmen akribisch nach Bildern von Ahmed H. durch und befragt ihn ausführlich mit Hilfe eines Arabisch-Übersetzers dazu – eine korrekter wirkende Vorgehensweise als diejenige der inzwischen ersetzten Richterin im ersten Verfahren. Der Rahmen ist jedoch nach wie vor sehr bedrückend (siehe Stellungnahme im Kasten). Der Angeklagte beteuert immer wieder, zum Dialog aufgerufen zu haben und nicht zur Gewalt. Dass er in einer Affekthandlung einmal drei Steine geworfen hat, bestreitet er nicht; in welche Richtung, bleibt jedoch unklar. Ahmed H. wirkt in seinen Aussagen ausgesprochen kooperativ und entspricht in keiner Weise dem Bild, das von ihm durch die Propaganda der Orban-Regierung gezeichnet wird.

Der dritte Prozesstag geht ziemlich abrupt schon am Mittag zu Ende. Der Richter verkündet, dass weitere Verhandlungstage für März 2018 anberaumt würden. Die Parteien einigen sich schliesslich auf den 14. und 19. März. Die vorangegangenen Tage haben den Terro-

rismusvorwurf wiederum nicht bewiesen, eine positive Tatsache, aber es bleibt der bittere Geschmack zurück, dass sich der Prozess immer länger hinzieht, Ahmed H. weitere zwei Monate im Gefängnis warten muss und kein Ende absehbar ist.

Am Anfang April 2018 sind Parlamentswahlen in Ungarn. Die Regierung braucht noch den «gefähr-

lichen Terroristen», um von den wirklichen Problemen des Landes abzulenken, die da wären: hohe Arbeitslosigkeit, Armut, Auswanderung.

Michael Rössler,
FERL und FCE

Weitere Quellen: «Jagdszenen in Ungarn»,
Archipel Nr. 265, Dezember 2017
Mehr Informationen:
www.freetheroszke11.weebly.com

UKRAINE

Neuigkeiten aus den Waldkarpaten

Die Bewegung für die Erhaltung des Bergmassivs Svydovets in den Waldkarpaten wächst und kann erste Erfolge verzeichnen.

Wie wir im Dezember¹ berichteten, soll in den ukrainischen Karpaten ein riesiges Skizentrum entstehen. 60 Hotels, die 28'000 Tourist:innen gleichzeitig beherbergen können, und 230 km Skipisten sind geplant.

Ökolog:innen warnen vor der Abholzung von 14'000 ha Wald, da das Bergmassiv Svydovets eine wichtige Rolle für den Wasserhaushalt der Karpaten spiele. Erdbeben und katastrophale Hochwasser, auch in den Nachbarländern, wären die Folge. Nun gibt es – zum Teil gute – Neuigkeiten von den Projektgegner:innen.

Am 10. Januar fand der Prozess statt, den die Aktivist:innen des Dorfes Lopukhovo gegen den geplanten Tourismuskomplex angestrengt hatten. Am Prozesstag verlief, entgegen unserer Befürchtungen, alles ruhig. Wir von #free Svydovets waren zahlreich erschienen, von der anderen Seite hingegen tauchte niemand auf. Auch die Vertreter der Distriktverwaltungen von Tyatshiv und Rakhiv liessen sich nicht blicken. Hingegen filmten mehrere nationale und regionale Fernsehstationen, sowie die Doku-Gruppe von #free Svydovets den Prozess.

Worum ging es in dem Prozess? Einige Aktivist:innen des Bergdorfes Lopukhovo, unterstützt von einer jungen Juristin, hatten wegen Verfahrensfehlern der Distriktverwaltungen beim Verwaltungsgericht Einspruch erhoben. Bei den vorgeschriebenen Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung hatten die Distriktverwaltungen keinen offiziellen Geländeplan für das Projekt vorgelegt, sondern

nur eine Skizze. Die drei Richter gaben der klagenden Partei Recht und hoben die Dekrete der Präfektur auf. Dieser Gerichtsentscheid ist für die Ukraine eine Sensation und aussergewöhnlich, denn im Normalfall ist die Justiz korrupt. Er kam wohl auch durch die starke Medienpräsenz und die Anwesenheit zahlreicher Sympathisant:innen im Gerichtssaal zustande. Die sehr minoritäre Position der Projektgegner:innen im Dorf Lopukhovo erfährt durch dieses Urteil eine Stärkung. Die beklagte Partei kann noch während 30 Tagen Einspruch erheben.

Wir feiern den Erfolg, wissen aber auch, dass der Kampf nicht zu Ende ist. Der Investor kann einen neuen Antrag stellen, diesmal mit einem rechtsgültigen Geländeplan. Dafür muss er neue öffentliche Versammlungen organisieren.

Repressalien

Der Investor hat sich endlich zu erkennen gegeben, er tauchte bisher auch juristisch nirgends auf. Es handelt sich um Ihor Kolomoïsky, einen der größten Oligarchen des Landes, dem auch die Skistation Bukovel, die bekannteste Skistation in der Ukraine, gehört. Dort gibt es zuwenig Wasser, wie uns ein befreundeter Hydrologe berichtete, weshalb sich der Investor nun auf dem Svydovets-Massiv ausbreiten will. Für das geplante Projekt wären 6'000 000 Liter Wasser täglich erforderlich. Seine rechte Hand, Olenxandre Schewtschenko, sitzt für die Partei Ukrop im Parlament, die dem Block Petro Poroschenkos angehört. In einer privaten Versammlung, die am

Stellungnahme zum Prozess gegen Ahmed H. vom 8., 10. und 12. Januar 2018 in Szeged, Ungarn

Als internationaler Beobachter wohne ich dem Prozess gegen Ahmed H. bei. Schon am ersten Prozesstag im Januar 2018 bekomme ich den Eindruck eines kafkaesken Albtraumes. Der Angeklagte wird von zwei gross gewachsenen, schwarz gekleideten, verummten Anti-Terror-Polizisten in den Gerichtssaal geführt. Er trägt Handschellen, eine Leine, die ihn an einen der Polizisten kettet, und eine Fussfessel. Sobald Ahmed H. auf der Anklagebank Platz genommen hat, werden ihm zwar die Handschellen abgenommen, doch Leine und Fussfessel bleiben. Während der ganzen Verhandlung sind die beiden Anti-Terror-Polizisten als «Bewachung» links und rechts von Ahmed H. postiert.

Seit seiner Verhaftung im September 2015 wird Ahmed H. ohne glaubhafte Beweise als «Terrorist» bezeichnet und als solcher behandelt – ein Verhalten der ungarischen Regierung, ihrer Behörden und Medien, das allen humanen und ethischen Werten widerspricht. Als auswärtiger Beobachter kann ich nur den Eindruck mit nach Hause nehmen, dass es sich bei dem Verfahren um einen politischen Schauprozess handelt, um Migrantinnen und Migranten pauschal zu kriminalisieren und die Abschottung Ungarns zu rechtfertigen.

Im Jahr 1956, nach der blutigen Niederschlagung des Volksaufstandes in Ungarn, mussten Tausende von Menschen dieses Land verlassen und sich in der Fremde eine neue Existenz suchen. Sie konnten mit grosszügiger Aufnahme rechnen. Umso mehr bin ich schockiert, dass die Regierung und die Behörden eines Landes, das eine solche schwerwiegende Situation erfahren musste, die Flüchtenden von heute abweist, schikaniert und zu Kriminellen und Terroristen stempelt.

Ahmed H. hat Mitglieder seiner Familie im Jahr 2015 auf der Flucht aus dem Kriegsland Syrien begleitet. Flucht ist kein Verbrechen, und Flüchtende zu schützen, auch nicht. Deshalb hoffe ich, dass Ahmed H. in Kürze seine Freiheit wiederfinden und zu seiner Frau und seinen Kindern zurückkehren kann.

Szeged, 10. Januar 2017

Michael Rössler, Fédération Européenne des Radios Libres (FERL),
Forum Civique Européen (FCE)

20.12.2017 bekannt wurde, zeigte Schevtschenko sich zum ersten Mal öffentlich mit dem stellvertretenden Direktor der nationalen Forstbehörde der Ukraine und den Forstbehördenchefs der Regionen Transkarpatien und Iwano-Frankiwsk. Bisher sind die meisten Wälder staatlich, wir sind gespannt, wie sie die Umwidmung und Privatisierung bewerkstelligen wollen. In einem Kommuniké erklärt Schevtschenko, dass sie für die Skistation 16 Brunnen bohren und eine Kläranlage mit einer Kapazität von 12'000 m³ Schmutzwasser pro Tag bauen wollen. Er erwähnt auch die Projektgegnerinnen, also uns, mit denen er eine Arbeitsgruppe bilden will, um Kompromisse zu finden und Missverständnisse zu vermeiden.

Das können wir nicht ernst nehmen, denn die Wirklichkeit sieht anders aus: Mit massiven Repressalien wird versucht, Mitglieder unseres Komitees zum Schweigen zu bringen. Bei einem unserer Aktivisten gab es eine äusserst merkwürdige Steuerprüfung, die eine Strafe von Euro 10'000 zur Folge hatte. Wir haben für ihn einen guten Steueranwalt gefunden, und er legt Berufung ein. Eine Journalistin, die in unserem Sinne berichtet, wurde zu ihrem Chef bestellt. Er drohte, ihr die Pressekarte zu entziehen, falls sie weiter im Namen der Zeitung Informationen über das Tourismusprojekt einholt.

... aber auch Unterstützung

Unterstützung bekommen wir von Wissenschaftlerinnen des Ökologie-Instituts der Karpaten. Sie haben gut argumentierte Publikationen für den Schutz des Bergmassifs herausgebracht und in den sozialen Netzen verbreitet. Sie erstellen Spezialkarten des Svydovets-Massivs, die sie uns zur Verfügung stellen werden. Wissenschaftlerinnen der Universität Taras-Chevtchenko in Kiew, betreiben auf dem Svydovets-Massiv eine Forschungsstation genau dort, wo die Hotels gebaut werden sollen. Sie sind gegen die Skistation und haben sich unserem Komitee angeschlossen. Eine junge Filmemacherin möchte eine Dokumentation über unseren Kampf drehen. Sie hat bereits eine Gruppe von Kameraleuten gefunden und begonnen zu filmen.

Gleich nach dem Prozess haben wir aufgrund der grossen Medienpräsenz weitere Verstärkung erhalten: Der WWF Ukraine schliesst sich #free Svydovets an. Genauso wie der Club für Wandertourismus, der uns ausserdem bei den Übersetzungen unserer Publikationen ins Tschechische und Ungarische helfen wird. Für Anfang Februar

haben wir eine Pressekonferenz in Kiew geplant.

Wir werden uns weiter einsetzen für:

- die Schaffung eines grossen Naturreservats, um die Seen und die Quellen der Theiss (Tisza) zu schützen;
- ein Ende der illegalen Kahlschläge;
- eine breite Mobilisierung von Einzelpersonen und NGOs gegen die Verstärkung der Karpaten.

SPANIEN

Soziale Kämpfe in Andalusien

Auf Einladung der andalusischen Landarbeiter-Gewerkschaft SOC-SAT waren Vertreterinnen des EBF und Genossenschaftlerinnen aus mehreren Longo-mai-Kooperativen im November 2017 in Spanien. Sie wollten mehr über die aktuellen Kämpfe und die Realität der Landarbeiterinnen in Andalusien erfahren. Hier ihr Bericht, mit einer ausführlichen Übersicht und einem historischen Rückblick.

Spanien zählt 500'000 km² und rund fünfzig Millionen Einwohnerinnen. Die Geburtenrate ist derart gesunken, dass auch die Zahl der aktiven Bevölkerung seit den Jahren 2010 rückläufig ist. Nachdem Spanien lange ein Auswanderungsland war, ist es nun gezwungen, trotz seiner hohen Arbeitslosenrate, der Immigration die Türen zu öffnen. Die massive Arbeitslosigkeit verteilt sich je nach Region unterschiedlich und betrifft vor allem Jugendliche.

Land und Freiheit

Am Ende des XV. Jahrhunderts zerstörte die spanische katholische Monarchie das zuletzt verbliebene arabische Reich. Die Adeligen und Kriegsherrn wurden für ihre geleisteten Dienste mit riesigen Ländereien belohnt. Die dadurch entstandene ungerechte Struktur des Grossgrundbesitzes in Andalusien und der Extremadura dauerte bis zum Wahlsieg der Volksfront im Jahr 1936. Der Druck unzähliger landloser Bauern, Bäuerinnen und Tagelöhnerinnen, die sich bisher bei den Latifundistinnen verdingen mussten, bewirkte eine Landreform. Eine Million Hektar Land wurde an mehrere hunderttausend Familien verteilt. Diese Massnahme u.a. diente dann General Franco als Rechtfertigung für seinen fa-

Bitte verbreiten Sie diese Informationen und unterstützen Sie unsere Bewegung, indem Sie beim Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko gegen die geplante Skistation protestieren. Ein Musterbrief lag dem Archipel vom Dezember bei.

Komitee #free Svydovets, den
12. Januar 2018
free.svydovets@gmail.com

1. Archipel Nr. 265, «Das Bergmassiv Svydovets retten!»

immer noch aktuelle Broschüre «Land und Freiheit, der Kampf der Landarbeiter in Andalusien» heraus und schickte Beobachterinnen an Prozesse gegen die Landbesetzerinnen. Damals fand die Besetzung eines Landgutes von 2'000 Hektar statt; auf dem Gelände mit einer Gemeinde von 2'500 Einwohnerinnen entstand die Kooperative *Marinaleda*. Die Bewohnerinnen wählten einen Aktivist der SOC zum Bürgermeister.

Spezialisierte Landwirtschaft

Im Jahr 1985 trat Spanien der Europäischen Gemeinschaft bei. Tiefe Veränderungen bahnten sich für die Landwirtschaft und die von ihr lebenden Menschen an. In der ersten Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ging es darum, Europas Lebensmittelautonomie zu sichern; die zweite Phase war der rasanten Modernisierung der Landwirtschaft gewidmet, um diese für den Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen. Folglich mussten gezwungenermassen ein Maximum der «unrentablen» Kleinbauern und -bäuerinnen ihre Höfe aufgeben. Die Produktionen konzentrierten sich in vorbestimmten europäischen Regionen in spezialisierten Grossbetrieben. Enorme Geldmassen begleiteten diese Restrukturierung. Beim Durchqueren von Spanien von Nord nach Süd ist diese Spezialisierung gut zu sehen: zuerst die reichen Industrieregionen Katalonien und das Baskenland im Norden; die Produktion von Zitrusfrüchten konzentriert sich um Valencia, der Getreideanbau in Kastilien-La Mancha und um Madrid im Zentrum Spaniens. In Andalusien sind ab Jaén, soweit das Auge

Archipel

Monatszeitung des Europäischen BürgerInnenforums

Februar 2018 - Nr. 267

Jahresabonnement:

11 Nummern, 60 sFr; 40 Euro
Verlag, Herausgabe, Herstellung,
Redaktion: Europ. BürgerInnenforum
Verantwortliche Redakteurinnen:
Joëlle Meunier, Constanze Warta
Druck: Ropress Zürich
forumcivique.org

Europäisches BürgerInnenforum Schweiz:

Postfach 1848, CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
[ch\(a\)forumcivique.org](mailto:ch(a)forumcivique.org)

Österreich:

Lobnik 16
A-9135 Eisenkappel/Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
[at\(a\)forumcivique.org](mailto:at(a)forumcivique.org)

Deutschland:

Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
[de\(a\)forumcivique.org](mailto:de(a)forumcivique.org)

Frankreich:

St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
[fr\(a\)forumcivique.org](mailto:fr(a)forumcivique.org)

Ukraine:

vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nijne Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
[ua\(a\)forumcivique.org](mailto:ua(a)forumcivique.org)

schistischen Militärputsch, um den enteigneten Grossgrundbesitzerinnen, oft einflussreiche Mitglieder des katholischen Laienordens Opus Dei, ihre Landgüter zurück zu geben.

Bis Francos Tod im Jahr 1975 setzten die andalusischen Tagelöhnerinnen ihren Kampf in der Illegalität fort und organisierten sich in «comisiones jornaleras» (Tagelöhnerkommissionen). Die offizielle Gründung der SOC (Sindicato de Obreros del Campo) im Jahr 1976 gab den Auftakt zu Landbesetzungen. Das Motto der Bewegung lautete: «Land und Freiheit».

Spanien verwandelte sich im gleichen Zeitraum in eine «konstitutionelle Monarchie» – ein postfranzösischer Kompromiss. Der Kontakt zwischen den Longo-mai-Kooperativen und den andalusischen Landarbeiterinnen der SOC knüpfte sich Anfang der 1980er Jahre. Die SOC war und ist die einzige Gewerkschaft in Europa, welche die Landfrage in ihrer ganzen sozialen Dimension stellt und eine echte Landreform fordert. Der Preis dafür ist hoch und bedeutet monatelange Gefängnisstrafen und Geldbusen.

Im Jahr 1985 gaben das «Europäische Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und Immigrantinnen» (CEDRI) und Longo mai die höchst informative und

reicht, nur Olivenbäume zu sehen. Das «Plastikmeer» mit den Gemüse-Gewächshäusern breitet sich mehr östlich um Almeria herum aus. Andere Gegenden haben sich auf den Anbau von Erdbeeren, Mandeln, Wein und die Produktion exotischer Früchte wie Mango und Avocado spezialisiert. Es ist ein auffälliges Paradox im klimatisch trockenen Andalusien, dass Kulturen mit grossem Wasserbedarf angebaut werden, obwohl im Jahr nur 300 mm Regen fällt. Der Preis solcher Kulturen ist das dramatische Sinken des Grundwasserspiegels. Die industriellen Anbaumethoden bringen eine enorme Erosion mit sich. Jährlich schwemmt es 200 Tonnen Erde pro Hektar gepflanzter Olivenbäume weg. Die systematische Verwendung von Herbiziden, um die mechanische Ernte zu erleichtern, sowie Kunstdünger und Pestizide verschmutzen unwiderruflich alle Gewässer einschliesslich des Grundwassers. Langfristig gesehen kann dieses Landwirtschaftsmodell nicht überleben.

Zweischneidige Sozialmassnahmen

Ab 1970 zwangen die sozialen Umstände den Diktator Franco, sogenannte Gemeindearbeiten einzuführen. Die arbeitslosen spanischen Tagelöhner-innen wurden zeitweise und für oft unnütze Arbeiten im öffentlichen Bereich angestellt. 1982 schaffte die neugewählte sozialistische Regierung diese Massnahme ab und ersetzte sie durch drei andere. Die erste ist das Arbeitslosengeld. Noch heute bekommen Landarbeiter-innen an die 430 Euro Arbeitslosengeld während sechs Monaten, wenn sie gewisse Bedingungen erfüllen. Die Wichtigste ist, dass sie je nach Alter die erforderliche Anzahl an Arbeitstagen pro Jahr nachweisen können. Ein Jugendlicher oder eine Jugendliche unter 25 Jahren muss mindestens 52 Arbeitstage in einem Jahr vorweisen können. Für die 25- bis 65-jährigen sind es 35 Tage. Paradoxerweise leben durch diese soziale Massnahme gewisse Privilegien der Latifundisten auf, da sie – als Arbeitgeber-innen – die Arbeitsatteste ausstellen und oft willkürlich die bei ihnen Beschäftigten aufsplittern und isolieren.

Die zweite Massnahme ist der Beschäftigungsplan für Landregionen (*Plan de Empleo Rural*). Hierbei handelt es sich um staatliche Subventionen, die der Realisierung von Infrastrukturen auf dem Land dienen sollen. Die Gemeinde muss dafür ein Projekt einreichen. Der Berechtigung auf Arbeitslosengeld werden Arbeitstage innerhalb eines solchen Projekts den sonst geleisteten Tagen zugerech-

net. Normalerweise sind Arbeitsplätze im Rahmen des PER-Programms jenen vorbehalten, die sonst nicht auf genügend Arbeitstage kommen, oder sich seit langem ohne Arbeitslosengeld durchbringen müssen. Der Kooperative *Marinaleda* kam dieses PER-Programm für ihre Entwicklung zu Gute. Doch diese Massnahme wurde stark kritisiert, weil sie zu grosser politischer Vetternwirtschaft und Korruption geführt hat. Die dritte Massnahme fördert berufliche Ausbildungen, jedoch ohne Perspektiven auf Anstellungen.

Ungleiche Verteilung

In Andalusien sind 66 Prozent des Bodens in der Hand von 6 Prozent Grundbesitzer-innen. In der Provinz Jaén kumulieren 20 Prozent der Besitzer 70 Prozent des Bodens.

Um die Kleinstadt Jódar herum sind 70 Prozent des Bodens in der Hand von Grossgrundbesitzern, die dem Opus Dei angehören. Einem einzigen Besitzer gehören 350'000 Olivenbäume auf etwa 3'500 Hektar. Die Gräfin von Alva in der Nähe von Sevilla besitzt 35'000 Hektar Land und erhält von Europa 3 Millionen Euro Landwirtschaftssubventionen.

Was ist mit den 600 Millionen Euro passiert, die Europa als direkte Hilfe 1998 an Andalusien ausgezahlt hat? Welche Geldmenge war es 2017, fast 20 Jahre später? Wer bekam das Geld? Im landwirtschaftlichen Bereich ist diese direkte Hilfe für Erzeugerzusammenschlüsse, für den Ausbau von Infrastrukturen und für Investitionen zur Produktionssteigerung bestimmt. Den Grossteil dieser Subventionen erhalten ungerechter Weise diejenigen, die den meisten Boden besitzen, denn die Obergrenze ist nicht festgelegt. Konsequenzen dieser Subventionspolitik sind das Wachsen der Strukturen, die Mechanisierung und Industrialisierung der Produktion und das Verschwinden von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft. Trotz ähnlicher Lebensbedingungen stehen die Landarbeiter-innen mit den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern

in Konkurrenz, weil sie immer noch mit feudalen Landwirtschaftsstrukturen konfrontiert sind. Produzent-innen, die keiner Erzeuger-innen-Gemeinschaft angehören, oder Direktverkauf tätigen sind von diesen Subventionen ausgeschlossen.

Das hier gezeichnete düstere Bild hat sich seit dem Eintritt von Spanien in den Europäischen Markt vor etwas mehr als 30 Jahren noch mehr verdunkelt. Ist es dann erstaunlich, dass sich Widerstand organisiert und die sozialen Kämpfe andauern? Wie soll man verstehen, dass ein derartiger landwirtschaftlicher Reichtum so schlecht verteilt ist und so viel Armut schafft?

Wo blieb die schöne Idee, die sich im

«Gesetz der andalusischen Bodenreform von 1984» darauf beruft, dass Eigentum von Boden «*seine soziale Funktion erfüllen muss*»? Schlussendlich dient diese schüchterne Reform, ein Erbe Francos, vor allem der Privatisierung des staatlichen Bodens. Die Reform, die 1983 von der SOC in Marinaleda vorgeschlagen wurde, geht viel weiter. Es heisst darin: Beschäftigung von vielen Arbeitskräften durch «*soziale Kulturen*», Enteignung der Grossgrundbesitzer-innen ohne Entschädigung, Gründung von Kooperativen, Aufbau von kleinen Verarbeitungsbetrieben und Direktvermarktung.

Krise in Andalusien

Die stark bevölkerte «Autonome Gemeinschaft Andalusien» war immer ein Auswanderungsland. Bis zu Anfang der 1970er Jahre emigrierten 1,3 Millionen Andalusier-innen nach Katalonien, Madrid, Valencia, ins Baskenland oder auf die Balearen. Noch einmal so viele wanderten in andere europäische Länder, nach Lateinamerika und in die USA aus. Die Bewirtschaftung der 1,5 Millionen Hektar Olivenbäume in Monokultur wurde nach und nach in hohem Masse mechanisiert. Viele Arbeitskräfte waren somit überflüssig geworden und die Menschen zogen in die Städte.

Vor 2008 boomte die Baubranche in ganz Spanien und verschaffte vielen von ihnen Arbeit. In dieser Zeit erweiterte sich die SOC (*Sindicato de Obreros del Campo*) zur SOC-SAT (*Sindicato Andaluce de Trabajadores* – andalusische Arbeitergewerkschaft). Die Krise von 2008 bedeutete für zahlreiche Bauunternehmen den Bankrott. Viele junge Menschen kehrten aufs Land zurück und griffen erneut den Kampf um den Boden auf – die einzige Perspektive, um zu überleben und sich ernähren zu können.

Andalusien ist mit einer Fläche von 87'000 km² und mehr als 9 Millionen Einwohner-innen die zweitgrösste Region Spaniens. 2017 war dort die Arbeitslosenrate mit 30 Prozent die höchste in ganz Europa, und 41 Prozent der Bevölkerung leben mit zwei Euro pro Tag am Rande des Existenzminimums. 3,5 Millionen, jeder Dritte in etwa, riskiert die soziale Ausgrenzung. 800'000 bis 1 Million Menschen sind ohne bezahlte Arbeit. In der Provinz von Jaén beträgt die Arbeitslosigkeit sogar 40 Prozent, das bedeutet mehr als 600'000 Menschen. In ländli-



Bill Woodrow, *Albero e lucello*, 1983

chen Gebieten sind es sogar 70 bis 80 Prozent, wie im 45 km von Jaén entfernten Jódar, einer kleinen Stadt mit 12'000 Einwohner:innen, davon 4'000 Saisonarbeiter:innen. Die gleiche Situation herrscht in bestimmten Stadtvierteln von Jaén, deren Bevölkerungszuwachs auf die ländliche Abwanderung zurück zu führen ist.

«Cerro Libertad» – Hügel der Freiheit

Kommen wir zurück zur Aktualität: Am 1. April 2017 besetzten 200 Aktivist:inn-en vom SOC-SAT ein verlassenes Landgut mit 65 Hektar Olivenbäumen in der Nähe von Jaén. Die Besetzung findet aus Solidarität mit dem Gewerkschafter der SOC-SAT Andrés Bódalo statt, der zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. So entscheiden wir uns Mitte November 2017 dazu, vor Ort zu gehen, um die Besetzer:innen kennen zu lernen, bei der Olivenernte zu helfen und die aktuelle Situation besser zu verstehen. Etwa 15 Menschen empfingen uns. Nach und nach renovieren sie die Gebäude für die Unterbringung der freiwilligen Helfer:innen, denn es braucht einen kollektiven Ort, an dem sich alle versammeln oder gemeinsam essen können. Auch zum Olivenpressen braucht es einen Platz. Maria, Curro und einige andere zeigen uns die Finca und erzählen uns ihre Geschichte. Einige Ziegen, zwei Schweine und einen Garten gibt es, der ihnen den ganzen Sommer Gemüse für die Küche geliefert hat. Sogar verkaufen konnten sie etwas Gemüse in der nahe gelegenen Stadt Jaén, dem Zentrum der Olivenproduktion. Es war viel Arbeit, die Olivenbäume, die seit fünf Jahren nicht mehr gepflegt worden waren, für die Ernte vorzubereiten. Sie wird wohl eher gering ausfallen, denn es hat nicht nur an Pflege gefehlt, es hat auch seit acht Monaten nicht mehr geregnet!

Die Finca gehört einer grossen spanischen Bank, der *BBVA*. Sie kam in ihren Besitz, nachdem der Vorbesitzer, ein Unternehmer im Immobiliengeschäft, in der Krise von 2008 Bankrott ging. Die Bank streicht seit fünf Jahren Subventionen aus dem Topf der «Gemeinsamen Agrarpolitik» der EU ein, zwischen 20 und 30'000 Euro im Jahr. Die Subventionen sind an die Fläche mit Olivenbäumen gebunden, egal ob diese bewirtschaftet wird oder nicht.

Traditionell sind in dieser Gegend etwa 100 Olivenbäume pro Hektar gepflanzt, ein Baum alle zehn Meter. Die systematische Bewässerung mit Tropfsystem oder mit Hilfe kleiner Staubecken um jeden Baum sorgt für riesige Ernten,

solange es Wasser gibt. Auf den besten Böden wurde die Anzahl der Bäume verdoppelt oder verdreifacht, der Schnitt und die Ernte ist nun, wie im Weinbau, mechanisiert. Folglich braucht es erheblich weniger Saisonarbeiter:innen. Das Projekt der SOC-SAT ist es, eine Kooperative für etwa zehn Familien zu gründen. Statt der grossen Monokulturen planen sie nach agroökologischen Kriterien eine diversifizierte Produktion. Neben Gemüseanbau, Wein, Getreide, Kichererbsen und Olivenöl, soll, wie früher, viel für den Eigenbedarf produziert werden. Derzeit verhandelt die SOC-SAT mit der Bank über eine langfristige Nutzung des Landes.

Ein politischer Gefangener

Wir haben die Gelegenheit, Andrés Bódalo, den verurteilten Gewerkschafter der SOC-SAT, kennen zu lernen. Schon mit neun Jahren begann er als Tagelöhner zu arbeiten und wurde frühzeitig pazifistischer Aktivist der SOC. Am 1. April 2016 trat er eine dreieinhalb jährige Gefängnisstrafe an. Nach 538 Tagen Haft im Gefängnis von Jaén wird er mit einer elektronischen Fussfessel, die er bis Anfang 2019 behalten muss, entlassen. So wird überwacht, dass er seine Wohnung jeden Abend ab 22 Uhr bis morgens früh um sieben Uhr nicht verlässt. Zudem ist jeder Zeit kontrollierbar, wo er sich aufhält. Jede Woche oder auch willkürlich, wird er vorgeladen – zum Beispiel zur Blutabnahme, um festzustellen, ob er Drogen zu sich nimmt oder alkoholabhängig ist.

Er erzählt uns, wie er ins Gefängnis kam: Im Jahr 2008 kam die SOC-SAT mit Aktionen in den Supermärkten *Carrefour* und *Mercadona* in die Schlagzeilen der spanischen Presse. Die Aktivist:innen schoben gefüllte Einkaufswagen, ohne zu bezahlen, an den Kassen vorbei und verteilten den Inhalt gratis an bedürftige Menschen. Sie wollten auf den krisenbedingten Nahrungsmangel unter den Landarbeiter:innen und in unzähligen armen Vierteln der grossen Städte aufmerksam machen. Auch die skandalöse Tatsache, dass die Supermärkte drei Tage vor Ablauf des Haltbarkeitsdatums Nahrungsmittel zerstören, haben die Aktivist:inn-en denunziert. 52 von ihnen wurden angeklagt und mit schweren Geldstrafen und langen Gefängnisstrafen bedroht.

Doch die Aktion zeigte Wirkung, denn der spanische Staat und die «Autonome Gemeinschaft Andalusien» mussten sich an das Welternährungsprogramm der UNO wenden, um mit Nahrungsmitteln die Not vor Ort und Stelle zu lindern.

Heute noch verteilt Spanien jährlich 45'000 Tonnen Nahrungsmittel, davon allein 6'000 Tonnen in der Stadt Jaén. In Andalusien leben 400'000 Landarbeiter:innen. Insgesamt betrifft diese Massnahme 30 bis 40 Prozent der aktiven Bevölkerung. Sie besteht darin, dass Caritas, das Rote Kreuz und Sozialzentren jeder bedürftigen Familie alle zwei Wochen ein Paket mit Grundnahrungsmitteln gibt: Olivenöl, Kichererbsen, dicke Bohnen, Linsen, Nudeln und Reis.

Im Jahr 2012 gab es in Spanien 6 Millionen Arbeitslose. Andrés und mehrere Familien besetzten in Jódar, seinem Geburtsort, das Kulturzentrum, denn die soziale Situation war immer katastrophaler geworden. 70 Prozent der Einwohner:innen waren arbeitslos und Arbeitslosenhilfe bekam man immer schwieriger. Die Besetzer:innen forderten einen Beschäftigungsplan für den Ort und wollten nicht von Sozialhilfe abhängig sein. Nach dreiwöchiger Besetzung räumte die Polizei früh morgens um sechs Uhr auf brutale Art das Zentrum. Die Aktivist:innen zogen vor das Gemeindeamt, wo ihnen der Eintritt verweigert wurde. Es kam zu einem Gerangel. Die Anzeige des Bürgermeisters bewirkte, dass gegen 18 Personen Anklage erhoben wurde, die in erster Instanz sofort zu insgesamt 100 Jahren Gefängnis verurteilt wurden. 2015, drei Jahre später, wurden dann 14 Personen freigesprochen und vier Angeklagte zu Haftstrafen verurteilt: Andrés zu dreieinhalb Jahren, die anderen zu zweieinhalb Jahren. In Jaén war Andrés Spitzenkandidat auf der Liste von *Podemos* für die spanischen Parlamentswahlen und in Jódar hätte er Aussicht auf das

Bürgermeisteramt gehabt. Beides wurde durch den Prozess und seine Verurteilung verunmöglicht. Um Andrés aus den Klauen der Justiz zu befreien, bleibt nur die Möglichkeit, ein Gnadengesuch an den spanischen König zu richten. Aktuell erwarten in Andalusien 600 Aktivist:innen ihr Gerichtsurteil. Es werden insgesamt 140 Jahre Haft und eine Million Euro Geldstrafe gefordert. Diese enorme Repression wird von einem parteiischen Justizapparat und der spanischen Regierung ausgeübt. Bis jetzt gibt es auf diese skandalöse Jurisdiktion keine internationale Reaktion, die jedoch dringend nötig wäre.

In letzter Minute: Hilferuf für «Cerro Libertad»

Dieser Artikel wurde am 11. Januar 2018 beendet. Ein Telefonat informiert uns am 12. Januar, dass ein gerichtlicher Beschluss der Forderung der Bank *BBVA* nachkommen und einen Räumungsbefehl gegen die Bewohner:innen von *Cerro Libertad* veranlassen wird. Seit zehn Monaten besetzen und bearbeiten unsere Freundinnen und Freunde der SOC-SAT diese verlassene Finca, nun ist ihr Projekt in Gefahr!

Alle sind willkommen, beim Olivenerntenden und Bäumeschneiden und der Verhinderung der Räumung zu helfen! Die Unterkunftsbedingungen sind sehr spartanisch und es wäre gut, wenn jede:r sich an den täglichen Ausgaben finanziell mitbeteiligen könnte. Doch es lohnt sich, diese sympathischen und kämpferischen Menschen kennen zu lernen und zu unterstützen.

Jacques Berguerand,
FCE und Longo mai

Mailto: cerrolibertad(a)gmail.com

FRANKREICH

Die ZAD - ein historischer Sieg

Es ist die erste gesellschaftliche Protestbewegung in Frankreich seit Jahren, die sich erfolgreich gegen ein Regierungsvorhaben durchsetzen konnte. Am 17. Jänner 2018 wurde die Entscheidung publik, das umstrittene und umkämpfte Flughafenprojekt in Notre-Dame-des-Landes (NDdL), nördlich von Nantes, werde nicht durchgeführt.

Diese Entscheidung der französischen Regierung wurde schnell durch Konservative und Rechtsextreme, aber auch durch sozialdemokratische wie bürgerliche Regionalfürsten in Westfrankreich als «*Ein knicken des Staates vor ein paar*

Protestlern» angegriffen. Sie ist unterdessen unwiderruflich, denn die Gemeinnützigkeitserklärung für das Bauvorhaben, das zu seinen juristischen Voraussetzungen gehört, läuft am 8. Februar d.J. aus. Die Regierung wird sie nicht um

zehn Jahre verlängern. Danach entfällt die rechtliche Möglichkeit, den Baubeginn anzuordnen.

In Wirklichkeit war die Opposition gegen das Bauprojekt in NDdL, das in immer breiteren Kreise zu den «sinnlosen Grossprojekten» mit umweltzerstörerischem Charakter gezählt wurde – einzigartige Feuchtgebiete hätten ihm weichen müssen – natürlich erheblich breiter. Die Besetzung des Baugeländes hatte 2009 begonnen. Seit dem Jahr 2012, in dessen Herbst es im Rahmen der Polizeioffensive unter dem offiziellen Codenamen «Operation César» zu ersten heftigen Auseinandersetzungen kam, zog das 1'650 Hektar umfassende strittige Gelände mehr und mehr Menschen an. Rund 300 Frauen, Männer und Kinder leben dort heute ständig. Doch an Protestwochenenden wie im Mai und August 2013 kamen bis zu 40'000 Menschen aus der Nähe und von weiter weg zusammen. (...)

Räumung oder kollektive Bewirtschaftung

Eine Mehrheit der französischen Gesellschaft befürwortete im Januar die Entscheidung, das Bauvorhaben NDdL aufzugeben: Je nach Umfrage waren es respektive zwischen 68 und 76 Prozent. Um es nicht nach einem «Sieg der Chaoten» aussehen zu lassen, wie vor allem rechtsorientierte Medien und Politikerinnen nunmehr wettern, kündigte die Regierung jedoch zugleich die Räumung der ZAD an. So, also als *zone à défendre* (zu verteidigende Zone), bezeichnen die Besetzenden das ehemals als Baugelände vorgesehene Territorium. Konservative Parlamentarierinnen trommeln eifrig für ihre gewaltsame Vertreibung, und der Front National-Abgeordnete Sébastien Chenu forderte, die Betroffenen «an ihren Dreadlocks herauszuziehen», wie er sich die Dinge ausmalte.

Umgekehrt forderten unter anderem der grüne Europaparlamentarier José Bové, der linke Sozialdemokrat und Linksnationalist Jean-Luc Mélenchon und Philippe Poutou aus der radikalen Linken, die Besetzenden dürften bleiben, habe die Regierungsentscheidung gegen das Flughafenprojekt ihnen doch in der Sache Recht gegeben. Diese linken Prominenten malten die Idee aus, künftig könne das Gelände für landwirtschaftliche Experimente – etwa mit kollektiver Bewirtschaftung – dienen. Ähnliches passierte auf dem Hochplateau des Larzac im Zentralmassiv, wo ab 1974 massive Widerstände den Bau eines riesigen Manöverplatzes der Armee verhindern, welcher 1981 schliesslich aufgegeben wurde. Danach blieben vormals zugezogene städtische Linke dort, gründeten landwirtschaft-

liche Genossenschaften und blieben oft politisch aktiv. Zu ihnen zählte etwa auch José Bové.

Vor Ort in NDdL hatte die Regierung Mitte Januar bereits 4'600 Personen umfassende Einsatzkräfte zusammgezogen; darunter 500 *gendarmes mobiles*, Angehörige einer militarisierten Einheit, die dem Verteidigungsministerium untersteht und zum Teil über Panzerfahrzeuge und schweres Räumgerät verfügt. Innenminister Gérard Collomb wollte dadurch einen Autoritätsbeweis erzielen. Bis Ende Januar mussten die drei Strassen, welche über das nunmehr ehemalige Baugelände führen und durch Barrikaden und Ähnliches unpassierbar gemacht worden waren, von den «Zadisten» wieder befahrbar gemacht werden, was diese auch prompt ausführten wurde.

Konkret hat Premierminister Edouard Philippe den Bewohnerinnen der ZAD jedoch nun bis zum 30. März Zeit gegeben, das Gelände zu verlassen. Denn juristisch besteht bis zu diesem Datum ein alljährlicher Räumungsstopp für Wohnungen während des so genannten «Winterfriedens». Viele Wohnquartiere von Besetzenden, von denen einige seit vielen Jahren, mittlerweile mit Kleinkindern vor Ort leben, fallen unter dieses jahreszeitliche Räumungsverbot.

Wem soll das Gelände gehören?

Die eigentliche Auseinandersetzung der nächsten Zeit wird sich darum drehen, unter welchem Status künftig die Bewirtschaftung des 1'650 Hektars grossen Areals stattfindet. Edouard Philippe kündigte an, das in den letzten fünfzehn Jahren durch die Regierung enteignete Land werde an die vormaligen Eigentümerinnen zurückgegeben. Diese sind jedoch zum Teil verstorben oder nicht mehr als Landwirtinnen aktiv, oder begnügen sich vollauf mit ihrer damaligen Entschädigung. Über neue Niederlassungsgenehmigungen an Landwirtschaft Betreibende könne «ab Ende April» diskutiert werden, fügte der Premierminister hinzu. Dies soll darauf hinauslaufen, dass die ZAD als solche bis dahin nicht mehr bestehen kann, auf dass nur ja keine Vorstellungen von kollektiver Landbewirtschaftung und Genossenschaftsbildung mehr herumspuken. Die derzeitigen Bewohnerinnen – alte wie neue – wollen jedoch weiterhin als Kollektiv auftreten und einvernehmlich und gleichberechtigt über die Zukunft der ZAD entscheiden.

Für ihre Pläne gibt es sogar einige offene Türen. Die drei durch die Regierung eingesetzten Vermittler, deren am 13. Dezember vorgelegter

Expertenbericht die Basis für die Einstellung des Bauvorhabens abgegeben hat, sprechen sich etwa dafür aus, dass der Staat Eigentümer des Geländes bleiben sollte. Er könnte es dann für 99 Jahre an einen Trägerverein vermieten. Auch der amtierende Landwirtschaftsminister Stéphane Travert sieht Experimentierspielraum und will das Gelände der Erprobung von biologischem Nahrungsmittelanbau für

Schulkantinen widmen – nicht die dümmste Idee in seiner Laufbahn – präzisiert jedoch nicht, welchen Status die Produzentinnen dabei haben sollten. Die örtliche Landwirtschaftskammer opponiert hingegen scharf gegen alle kollektiven und, wie sie behauptet, «illegalen Experimente». Diese Debatte dürfte den nächsten Konfliktstoff liefern.

Bernard Schmid, Januar 2018

FRANKREICH

Frankreichs Goldberg

In Französisch-Guyana im Amazonas hat Frankreich ein grosses Gebiet für den Goldabbau zur Verfügung gestellt. Damit steht das Land im Widerspruch zu seinem deklarierten Willen, die weltweite Umweltverschmutzung zu bekämpfen.

Die «Grande Nation» Frankreich setzte sich Ende 2015 als «universelle Umwelt-Wächterin» an der UNO-Klimakonferenz von Paris in Szene. Frankreich sei die Nation, deren neuer Präsident Emmanuel Macron dafür sorgen will, dass ihre Grösse – im Gegensatz zu anderen Staaten, die sich nur auf ihre Landesgrenzen beschränken wollen – von neuem über den ganzen Planeten erstrahlen möge. Man will uns glauben machen, Frankreich sei auf einem Kreuzzug gegen die globale Umweltverschmutzung. Will man uns zum Narren halten?

Der Ruf des Goldes

Wagen wir einen Blick über den Atlantik: Frankreich wurde im Zuge der europäischen Kolonialgeschichte Eigentümer einer Fläche von 84'000 km² amazonischen Waldes im heutigen Französisch-Guyana. Es eiferte den ersten spanischen Kolonisatoren nach und entschloss sich, einen Grossteil dieses Besitzes – erworben ohne Geld und Vertrag – einen Namen zu geben, auf den sogar Ferdinand der Katholische neidisch gewesen wäre: Dieses Landstück im Becken des Flusses Mana im Norden der indigenen Gemeinde von Awala-Yalimapo, erhielt den Namen «Goldberg». Jetzt wurden zwei Grosskonzerne damit beauftragt, Prospektions- und Schürfungsarbeiten durchzuführen, um die dortigen Goldvorkommen auszubeuten. Der erste Konzern *Nord-Gold* ist ein russisches Minenunternehmen und hat den Ruf, in Burkina Faso, wo er bereits tätig ist, mehr auf Profit als auf Menschenrechte zu achten – genau in

demjenigen Land, wo der französische Präsident neulich in seiner Rede «*die unbestreitbaren Verbrechen der Kolonisation*» zugab. Der zweite Konzern, *Columbus Gold*, ist ein kanadischer Multi, dessen Name sich ganz offensichtlich mit der jahrhundertalten Kolonisierung Amerikas identifiziert.

Zerstörung der «wasserreichen Erde»

Die Konzession «Goldberg» betrifft 15 km² Wald, der Teil einer Gesamtfläche von 150 km² mit bestehenden Schürfrechten ist, welche noch grösstenteils von der französischen Kolonialregierung vergeben worden waren. Die Konzerne *Nord-Gold* und *Columbus Gold* gehören zu den Konzessionären. Um das begehrte gelbe Metall zu gewinnen, wird Frankreich also diese «wasserreiche Erde», wie sie von den Völkern Guyanas genannt wird, aufreissen, um Aushubarbeiten in einer Länge von zwei Kilometern, 500 Metern Breite und 400 Metern Tiefe auszuführen. Diese Mine unter freiem Himmel wird mehrere Millionen Tonnen von Giftschlamm mit Blausäuresalz (Zyankali) produzieren, die in zwei Abfallbergen von über hundert Metern Höhe abgelagert werden. Zusätzlich zum industriellen Goldabbau wird die Goldgewinnung aus Schwemmland zu einer weiteren Zerstörung von sieben Hektar Wald führen.

Der französische Staat mag auf den Bau des Flughafens von Notre-Dame-des-Landes in der Nähe von Nantes verzichtet haben, um seinen guten Willen für den Umweltschutz zu unterstreichen;

gleichzeitig stampft er aber «in Frankreich» eine gigantische Industriezone mit grossem Katastrophenrisiko aus dem Boden – und dies auf einer zehnmal grösseren Fläche als die des geplanten Flughafens. «In Frankreich», weil die «wasserreiche Erde» nach französischem Recht zum Staatsgebiet gehört. Die Kolonialgouverneure, die früher die Konzessionen vergaben, wurden in ihrer Funktion durch Präfekte ersetzt. Eine Fläche so gross wie der Wald von Rambouillet oder jener von Darney in den Vogesen steht auf dem Spiel.

Eine vorprogrammierte Katastrophe

Wer würde heute widerstandslos akzeptieren, dass in der Nähe von Paris oder in den Vogesen eine Industriezone dieser Art und Grösse errichtet würde? Wer würde heute akzeptieren, dass man ein Risiko dieses Ausmasses eingeht, allein mit dem Ziel, die gleichen überflüssigen Reichtümer anzuhäufen, die seit fünf Jahrhunderten für die Zerstörung des Lebens auf der Erde in grossem Masse mitverantwortlich sind? Hunderte von Pflanzen- und Tierarten sind bedroht und die Gewässer werden vergiftet zurückgelassen. Man erinnere sich nur an die Verordnung der Präfektur der Region Aude von 1997, die seit zwanzig Jahren regelmässig verlängert wird: Sie empfiehlt den Einwohnerinnen von Salsigne, wo bis zum Jahre 2004 die grösste französische Goldmine in Betrieb war, nach wie vor weder das Wasser vom Regen noch von Bächen zu benützen, kein Obst und Gemüse (tödlich!) ihres Gartens zu essen und sich nicht in den Gewässern zu baden – eine Empfehlung, die gemäss den Expertinnen vom *Bureau de Recherches Géologiques et Minières* (Institut für geologische Forschungen für den Bergbau) bis auf weiteres verlängert werden muss, und dies während noch... 10'000 Jahren! Wer möch-

te heute wissentlich die Menschen in Guyana einer solche Vernichtung jeglicher Zukunft aussetzen?

Es ist skandalös, dass *Columbus Gold* und *Nord-Gold* völlig unbehelligt von der französischen Öffentlichkeit ihr zerstörerisches Werk in Guyana angehen können. Sind etwa die bedrohten Tier- und Pflanzenarten in Amazonien weniger wert als die Arten in unseren Wäldern? Das Wasser in Guyana weniger schützenswert als das Unsrige hier? Verdienen die Kinder in Guyana nicht die gleiche Rücksicht wie unsere Kinder? Die Umweltkatastrophe durch den Dambruch von Rückhaltebecken mit giftigem Schlamm der Minengesellschaft *Samarco* in Brasilien stiess seinerzeit diesseits des Atlantiks auf viele empörte Reaktionen. Aber wer versucht, eine solche Katastrophe in Guyana zu verhindern? Ist Guyana unter der Schirmherrschaft der Republik dazu bestimmt, eine dieser «geopferten Zonen» zu werden, welche die globalen Abbaupraktiken verursachen?

Rassistische Unterteilung

Im Becken des Mana-Flusses in Guyana wird Frankreich nicht, wie damals in Salsigne, Arbeiterinnen aus Algerien anheuern – aus einer Kolonie, die es als solche nicht mehr gibt. Hier verfügt der Staat an Ort und Stelle über die Menschen. Die geopferten Einwohnerinnen – es gibt keine geopferte Zone, ohne gleichzeitig mit der Natur auch die Menschen zu opfern – sind jene, denen das «Goldberg»-Projekt auf seiner Webseite Arbeitsstellen verspricht: die Hmong-Frauen für das Sekretariat, die Männer afrikanischer Herkunft als Arbeiter auf der Baustelle und die Frauen afrikanischen Ursprungs im Kantinenservice. Das geologische Forschungslabor ist hingegen für weisse Männer reserviert. Nichts jedoch für die einheimischen Frauen und Männer der sechs guyanischen Urvölker,

die während der Kolonisation diskreditiert wurden. Vielleicht, weil sie die eigentlichen Besitzerinnen und natürlichen Verteidigerinnen der bedrohten Erde und heiligen Gewässer von Guyana sind, mit ihren alten überlieferten Träumen und ihrem tausendjährigen Leben im Wald. Wird es jemals Minister in dieser Republik der «Grande Nation» geben, die *Nord-Gold* und *Columbus Gold* vor Gericht bringen, mit dem Motiv, dass die beiden Konzerne Rassismus betreiben, sowohl auf sozialer als auch auf umweltpolitischer Ebene?

Ein anderes Frankreich?

Suchtverhalten wird durch die Illusion gerechtfertigt, man könne die Auswirkungen kontrollieren. Genauso geschieht es mit der Sucht, Raubbau zu betreiben. Das Goldfieber in Guyana ist ein Beispiel dafür. Der französische Staat behauptet, dass er für eine «nachhaltige Mine» eintritt. Dabei handelt es sich um ein Paradox wie bei dem Gerede vom «grünen Wachstum». Es ist notwendig, dass Frankreich ins Jahrhundert der Verantwortung eintritt und endlich das 20. Jahrhundert hinter sich lässt, das in jeglicher Hinsicht ein Schlamassel war, oder wie der kongolesische Schriftsteller Sony Labou Tansi es ausdrückte, ein «Wegwerfen – Vorwärts hasten, irgendwohin, irgendwie und für irgendetwas». Frankreich hat heute in Guyana die Chance, ein anderes Frankreich als jenes der Arroganz und Eitelkeit zu sein, ein anderes Frankreich, als jenes der fünf vergangenen Jahrhunderte, als es seine Zeit damit verbrachte, die Welt ins Ungleichgewicht zu bringen – im Dienste des Überflüssigen. Frankreich sollte sich bewusst werden, dass seine Jugend, hier und in Guyana, für eine Zukunft mit sauberem Trinkwasser kämpfen wird. Sollte die Regierung diesen Wunsch negieren, wird sie auf einen entschlossenen Widerstand stossen. Der Vertreter der einheimischen Jugend von Guyana, Yanuwana Tapoka, bestätigte dies Anfang November 2017 vor dem «Internationalen Tribunal der Rechte der Natur», das am Rande der UNO-Klimakonferenz in Bonn stattfand: die jungen *Indigenas* werden – egal was passiert – ihre Rolle als Hüterinnen von Amazonien, dem «Refugium des Lebens und der Menschheit», gerecht werden. Sie werden die wirklichen Hüterinnen des Klima-Abkommens von Paris sein.

Jean-Christophe Goddard, Universität Jean Jaurès, Toulouse

ÖSTERREICH

Omas gegen rechts

Die neue, rechtsnationale Regierung Österreichs konnte sich im Glanz ihres Wahlsieges. Selbstsicher stolzierten die Türkis-Blauen am 18. Dezember 2017 zu ihrer Angelobung. Die fünftausend bei diesem Anlass Demonstrierenden wurden nicht als Widerstand gesehen. Doch... der 13. Januar hat gezeigt, dass die ausserparlamentarische Opposition mit 70'000 Teilnehmenden bei der Grossdemo in Wien breit aufgestellt ist.

Inzwischen haben einige Leute das neue Regierungsprogramm genauer unter die Lupe genommen. Viele Österreicherinnen haben verstanden, dass die geplanten Massnahmen die Demontage des Sozialstaates bedeuten und dass vor allem sie selbst davon sehr schnell und nachhaltig betroffen sein werden.

Der neue FPÖ-Innenminister hat mit seinem Sager im Nazi-Jargon «*Flüchtlinge müssten in Massenunterkünften konzentriert werden*» die Proteste noch befeuert.

Die «Omas gegen rechts» machten bei der Grossdemo auf sich aufmerksam: Mit ihrem satirischen Protestsong¹ bringen sie die Besorgnis vieler Mitbürgerinnen auf den Punkt. Ihre rosaroten Strickmützen sind unverkennbar und bereichern jede Aktion mit einer Spur Strassentheater und Humor. Viele Passantinnen haben sich spontan der Gruppe angeschlossen, gefragt und debattiert. Omas haben schon viel erlebt, gesehen und gehört. Sie lassen sich weder von dem Hype um die potenten Jungpolitiker blenden, noch ins Eck der frustrierten Wutbürgerinnen stellen – obwohl sie sehr laut sind. Man kann sie auch schwerlich als «gewaltbereite Gruppe» ausmachen. Die Omas gegen rechts tragen das Engagement der Zivilgesellschaft von 2015 weiter und sie werden immer zahlreicher.

Es wird eine zähe, lange Auseinandersetzung mit dieser Regierung werden. Wie schon unter der ersten schwarz-blauen Regierung heisst es wieder: «*Man sieht sich - bis dann, Aufwiderstand!*»

Gabi Peissl, auch eine Oma gegen rechts, FCE Österreich

1. Liedtext auf youtube: Omas gegen rechts.



Liz Bachhuber, *Altbau*, 1983

SCHWEIZ

Medienvielfalt vor dem Aus?

Am 4. März 2018 wird in der Schweiz über die «No-Billag-Initiative» abgestimmt, die von der rechten Schweizer Volkspartei (SVP) initiiert wurde. Sie richtet sich vor allem gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (SRG), hat aber weitreichende Folgen für die Medienvielfalt insgesamt.

Billag nennt sich jene Agentur, die in der Schweiz die Rundfunkgebühren eintreibt. Die Annahme der Initiative hätte ein Subventionsverbot für Radio und Fernsehen zur Folge. Die Schweiz – ehemaliges Musterland für Medienvielfalt – würde alle öffentlich-rechtlichen Sender verlieren, die bis zu 75 Prozent über die Gebühren finanziert werden. Aus den Gebührengeldern fliessen jährlich ca. 70 Mio. SFr. an regionale und lokale Rundfunkbetreiber, darunter die 18 nicht-kommerziellen Lokalradios mit Sendungen in mehr als 20 Sprachen. Eine Annahme der Initiative wäre auch das Aus für diese Sender. Die Folgen wären nicht nur für die vielen Medien mit öffentlichem Auftrag fatal, sondern für die Medien- und Meinungsvielfalt, sowie für die sprachliche und kulturelle Vielfalt insgesamt und damit für das Funktionieren der Demokratie.

Abschaffung der Demokratie mit demokratischen Mitteln

Angesichts des Medienwandels und der sich verändernden Formen der Mediennutzung durch das Internet und die Allgegenwärtigkeit der mobilen Endgeräte (Smartphones oder Tablets) wird in vielen Ländern über die Sinnhaftigkeit von Rundfunkgebühren diskutiert. Wer soll Beiträge bezahlen und für wel-

che Aufgaben der öffentlich-rechtlichen und anderer Medien sollen diese Mittel als Finanzierungsanteile dienen? Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg hat in einem Grundsatzurteil 1993 die Verantwortung des Staates als letzten Garant für Medienvielfalt festgehalten – daran hat sich nichts geändert. Medienvielfalt nur über die Mechanismen des Marktes herzustellen, hat nie funktioniert und funktioniert heute mit den vielfältigen digitalen Medienplattformen noch weniger. In der digitalen Ökonomie nimmt die Medienkonzentration weiter zu und immer weniger Akteure entscheiden darüber, welche Themen, Stimmen und Meinungen vermittelt werden. Am Ende des Tages stünde der Schweiz das Szenario der amerikanischen Medienlandschaft bevor, wo der öffentliche Rundfunk nur mehr eine Randerscheinung ist und lokale Medieninhalte oft alleine noch von engagierten Bürgermedien angeboten werden, die sich über Spenden oder Stiftungen finanzieren.

Rundfunkgebühren und Medieninhalte im öffentlichen Interesse

Die Rundfunkgebühren sind in der Schweiz mit derzeit ca. 450 SFr. jährlich pro Haushalt die höchsten von ganz Europa, das mag viele Bürger:innen schmerzen. Das hat allerdings auch damit zu tun, dass die Schweiz, etwa im Verhältnis zu Deutschland, viel weniger Haushalte hat, aber drei Vollprogramme in Deutsch, Französisch und Italienisch sowie eingeschränkt in Rätoromanisch gestaltet. Auch die Verbreitung ist aufgrund der Topografie – viele Bergregionen, ähnlich wie in Österreich – aufwendig. Der öffentliche Auftrag verpflichtet nicht nur zur Vielfalt, sondern auch zur nahezu flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung. Kommerziell ausgerichtete Rundfunkbetreiber konzentrieren sich auf Ballungsräume, wo sie mit wenig Aufwand viele Menschen erreichen können. So sorgt die Rundfunkgebühr in Ver-

bindung mit dem Versorgungsauftrag der SRG, aber auch mit dem öffentlichen Auftrag vieler lokaler Sender, dafür, dass die Finanzierung der Medienvielfalt für benachteiligte Regionen oder jene ausserhalb der deutschsprachigen Schweiz nach einem solidarischen Prinzip auch aus den Abgaben in den Ballungsräumen unterstützt werden. Die Stimmen für den Erhalt der Medienvielfalt werden lauter und Initiativen wie «Nein zu no-billag» kämpfen heute nicht nur um den Erhalt der Medienvielfalt, sondern

für die Grundwerte der Demokratie. Die Forderung, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk in der Schweiz – wie auch in anderen Ländern – künftig noch viel klarer von den Angeboten kommerzieller Sender unterscheiden muss, bleibt auch nach Ablehnung der Initiative aufrecht und eine Herausforderung.*

Helmut Peissl, FCE

*<https://nein-zu-nobillag.ch>

Eduardo Chillida, Ikaraundi, 1957

Solidarität mit asylsuchenden Frauen und Kindern

Der «Appel d'elles» wurde vom Collectif R aus Lausanne und mehreren feministischen und Asyl-Organisationen aus der Französischen Schweiz lanciert und will die Gleichgültigkeit anprangern, der viele Frauen auf ihrer Flucht und im Asyl begegnen.

Asylorganisationen, die sich mit den Schicksalen von betroffenen Geflüchteten befassen, sind sehr oft mit unsäglichem Leid konfrontiert. Verletzliche Personen wie Frauen und Kinder, die bereits stark traumatisiert sind, werden unmenschlich empfangen. Nicht nur sind sie Opfer von Gewalt auf ihren Fluchtwegen, sondern sie werden bei ihrer Ankunft in der Schweiz für die erlittenen Gräueltaten verantwortlich gemacht und ungeachtet ihrer Situation ausgeschafft. So hat beispielsweise das SEM (Schweizerisches Staatssekretariat für Migration) einer Frau, die auf ihrer Durchreise in Italien mehrere Monate auf der Strasse lebte und mehrmals vergewaltigt wurde, vorgeworfen, dass sie ihr Schicksal selber heraufgefordert hätte, da sie in Italien nicht um Asyl bat.

Die Dubliner Abkommen verunmöglichen durch ihre Automatismen, den betroffenen Personen ihre Rechte geltend zu machen. Die Traumata sind oft so stark, dass das Er-

lebte kaum erzählt werden kann. Die Schnelligkeit der Verfahren und Befragungen zwingen die Opfer oft zum Verstummen.

Der «Appel d'elles» will diesen Frauen und Kindern ihre Stimme wiedergeben. Jede Woche werden neue Erlebnisberichte von betroffenen Frauen auf der Homepage www.appelledelles.ch und in der Genfer Tageszeitung «Le Courrier» abgedruckt. Eine Postkartenaktion wurde initiiert, an der Sie sich auch gerne beteiligen können. Diese ist ebenfalls auf der Homepage erklärt.

Die Petition hat bereits an die 5'000 Unterschriften vereint und wir fordern die Leserschaft dieser Zeilen auf, den Appell (der dieser Nummer beiliegt) zu unterschreiben und an die Unterschriften-Übergabe an den Bundesrat zu kommen. Diese wird am 8. März, am Tag der Frau, in Bern stattfinden und mit einer symbolischen Protestaktion verbunden sein.

Sophie Guignard, Solidarité sans frontières, Fribourg

ABONNEMENT

Ich abonniere «Archipel» und überweise für ein Jahresabonnement den Betrag von 60 SFr, 40 Euro auf Konto:

Schweiz: Europäisches BürgerInnenforum PC 40-8523-5

Deutschland: Europ. Kooperative, Raiffeisenbank, Malchin, BLZ 15061698, Konto 201084194

Vermerk: Archipel oder EBF

Österreich: Konto EBF, Posojilnica-Bank, Eisenkappel, IBAN: AT70 3910 0000 0805 5451

BIC: VSGKAT2K

Ich bestelle Exemplare von Archipel zum Vertrieb

Senden Sie 3 Nr. probeweise an beiliegende Adresse

Bitte mit ihrem Namen und Adresse an eine unserer Adressen schicken. Danke